

Bericht des Ausschusses für Gemeindeentwicklung, Öffentlichkeitsarbeit und Mitgliederorientierung (AGÖM) zur Herbsttagung der Kirchensynode 2019

Der AGÖM hat sich zwischen den beiden Herbsttagungen der Kirchensynode 2018-2019 zu elf Sitzungen getroffen und dabei schwerpunktmäßig folgende Themen behandelt:

Besuche: In der Jugendbildungs- und Freizeitstätte **Haus Heliand** in Oberursel-Oberstedten (Ev. Jugendwerk Hessen) mit einem Rundgang unter Leitung von Hausvater Ralf Dreher. Im neuen **Medienhaus** mit einem von der Leiterin Birgit Arndt geführten Rundgang durch die Stockwerke.

Überblicksmäßig hat sich der Ausschuss in fast jeder Sitzung mit aktuellen Fragestellungen der **Öffentlichkeitsarbeit** befasst, beraten und begleitet von OKR Stephan Krebs und Frau Arndt. Stichworte der behandelten Themen: Kommunikationsprojekte der EKHN (Hessentage, Rheinland-Pfalz-Tage, Landesgartenschauen), Worms 2021, Corporate Design der EKHN, EKHN-Shop, Alexa-Projekt, Impulspost-Ausgaben, Website-Aufbau der EKHN, Zukunft des Medienhauses, Bilderdatenbank „fundus“, UCC-Filmdokumentation...

Die Zukunft des **Bibelhaus Erlebnismuseums** kann nach Auffassung des AGÖM nur im Rahmen der allgemeinen Prioritätendebatte geklärt werden. Eine große Lösung kann nur mit Partnern außerhalb der EKHN gelingen. Für die religionspädagogische Arbeit eignet sich auch eine Wanderausstellung ohne einen Anspruch wissenschaftlicher Forschung.

Das Konzept eines **EKHN-Digitalbüros** lehnt der AGÖM einstimmig ab. Das vorgelegte Konzept überzeugt in keiner Weise und es stellt sich die Frage, was hier eine Landeskirche alleine leisten kann und leisten muss.

Änderungen in der kirchlichen **Haushaltsordnung** im Zusammenhang mit der Substanzerhaltungsrücklage (SERL): Anders als in der freien Wirtschaft sind Kirchengemeinden nicht in der Lage, ihre Einnahmenseite substantiell zu verändern. Überlegungen zur Anpassung des Zuweisungssystems an die durch Doppik und SERL erforderlichen Rahmenbedingungen sind notwendig und sinnvoll. Auch eine 50%-Kürzung der Rücklagenbildung wird negative Haushalte nicht verhindern. Trotzdem stimmt der AGÖM der Kürzung zu, auch wenn dadurch das doppelte Ziel einer ausreichenden Rücklagenbildung für die Gebäude und somit die Doppik selbst konterkariert wird.

Regionalgesetz und Kooperation von Kirchengemeinden: Der AGÖM begrüßt das Gesetz und den damit gegebenen Handlungsspielraum in Gemeinden und Regionen. Es ermutigt zu Zusammenarbeit in unterschiedlichen rechtlichen Verbindlichkeitsstufen und gibt die Freiheit, vor Ort angemessene Formen zu entwickeln. In Absprache mit den anwesenden Referenten schlägt der AGÖM einen Bericht über die Entwicklung von Kooperationen auf der Herbsttagung 2020 der Kirchensynode vor. Verwaltungskooperationen betreffend schlägt der Ausschuss eine Aufstockung der Mittel von 1 Million auf sukzessive 5 Millionen Euro vor und befürwortet grundsätzlich das gegenwärtige Konzept.

Austausch mit Vertreter*innen von Kirchenverwaltung und Rechnungsprüfungsamt zum Stand der **Einführung der Doppik:** Es gibt unverändert große Baustellen und erhebliche zeitliche Verzögerungen und Belastungen. SERL ist wichtig, darf aber nicht zulasten der regelmäßigen Gemeindegarbeit gehen. Eröffnungsbilanzen und Jahresabschlüsse hinken unverändert z.T. über Jahre hinterher. Dies beeinträchtigt die Wahrnehmung der Finanzverantwortung durch die Kirchenvorstände erheblich. Vereinfachungen der kirchlichen Doppik erscheinen in vielen Bereichen unumgänglich. Ganze Bereiche wie z.B. Kirchliche Friedhöfe sind nicht durchdacht. – Wahrnehmungen in KV und RPA sind durchaus unterschiedlich. Der AGÖM empfiehlt daher, dass auch das RPA auf der Herbsttagung 2019 einen Bericht hierzu abgibt.

Die durch das neue **Umsatzsteuerrecht** entstehende erhebliche zusätzliche Verwaltungsarbeit für haupt- und ehrenamtlich in den Gemeinden Tätige ist grundsätzlich nicht innerkirchlich begründet, sondern kommt staatlicherseits auf uns und viele andere (Vereine etc.) zu. Hilfestellungen durch die Kirchenverwaltung und die Regionalverwaltungen sind unbedingt sinnvoll. Es erscheint allerdings sehr fraglich, ob die an alle Gemeinden versandten Formulare in diesem Umfang notwendig, sinnvoll und gut handhabbar sind. Der Ausschuss wünscht und empfiehlt für vergleichbare Fälle eine frühere Einbindung erfahrener Gemeindepraktiker*innen und steht hierfür selbst auch gerne zur Verfügung.

Beratung über die **Tagungshäuser der EKHN**: Höchst und Hohensolms liegen sehr schlecht erreichbar, die Nachhaltigkeit auch im Blick auf die Anfahrt wird an Gewicht gewinnen. Konzepte für eine höhere Wirtschaftlichkeit und höhere EKHN-Belegung werden seit weit über zehn Jahren vorgelegt, konnten aber nicht annähernd erreicht werden. Eine wirkliche Bindung an Häuser haben vor allem haupt- und ehrenamtliche Jugendleitende. Die Teilnehmenden (Konfirmand*innen, Reliklassen u.a.) kommen meist nur einmal in ein Haus.

Bitten zur Klärung an die Kirchenleitung: Was würde ein komplettes Ausstiegsszenario für beide Häuser (Hohensolms und Höchst) kosten? Ist es denkbar, anstatt der Fortführung der Häuser mit anderen Häusern (Haus Heliand, katholische, öffentliche Häuser) eine Kooperation einzugehen und eine Bezuschussung zu ermöglichen und zugleich für EKHN Gruppen einen ermäßigten Beitrag auszuhandeln?

Projektion Kirchenmitgliedschaft 2060 - Auswahl von Thesen aus der AGÖM-Beratung:

Die Kirche muss immer wieder auf den Menschen zugehen (Geh- statt Kommstruktur, Bindungs- und Beziehungsarbeit).

Chancen von Anlässen müssen gesucht, angeboten und genutzt werden: Lebensbegleitend, angebunden an lokale Ereignisse, vernetzt mit nichtkirchlichen Playern vor Ort und Nachbargemeinden.

Primärer Schwerpunkt sollen Kinder-Jugend-Familie sein: Tauffeiern, profilierte Kita-Arbeit, spiritueller-erfahrungsbezogene Konfirmandenarbeit, Vernetzung mit u.a. Schulen/Religionslehrern u.a.m.

Prozesse der Neubindung sollten ermöglicht werden: Zuerst ist auf die Haltung zu achten (freundlich-offen/zeitgemäß-missionarisch) - Wertschätzung - Beziehung - Bindung

Für das Pfarrpersonal muss Entlastung geschaffen werden, insbesondere in der Verwaltung. Altes sollte überdacht werden, statt traditioneller Regelprogramme bedarf es der Stärkung der besonderen Programme: bereit sein, Neues zu denken. Was bedeutet der Befund für die Ausbildung des Pfarrpersonals?

Deutlich wurde, dass die Probleme letztlich nur „an der Basis“ angegangen werden und gelöst werden können. Umgekehrt bleibt essentiell, dass die Diskussionen und Beschlüsse von Synode, Kirchenleitung und Mittlerer Ebene in den Gemeinden ankommen müssen und umsetzbar sein müssen. → langer Atem für Prozesse, Bewusstseinsbildung, Dialog...

„Hauptamtliche-Büros“ jedenfalls können diese Prozesse nicht durch „Patentrezepte“ lösen.

Reflexion der Einführung des **EKHN-Portal**: Es besteht mit der Kirchenverwaltung Konsens, dass die Einführung im Dekanat Wetterau nicht gelungen ist. Über die Praktikabilität der Angebote und ihre Funktionsfähigkeit gibt es unter den anwesenden Fachleuten keinen Konsens. Mitglieder des AGÖM möchten stärker eigene Erfahrungen sammeln.

Reflexion des **Young-Clip-Award**: Es ist gelungen, Schulklassen und Konfirmandengruppen sowie deren Leitungen zur Teilnahme zu motivieren. Die Ergebnisse sind auch sehr sehenswert. Trotzdem bleiben die Teilnahmezahlen hinter den Erwartungen zurück.

Reflexion der **Sublan-Gottesdienste**: Das Medienhaus ist auf einem guten Weg, landeskirchenübergreifend eine Finanzierungsstruktur für die nächsten Jahre zu erreichen. Das Projekt wurde auf dem Kirchentag in Dortmund vorgestellt und diskutiert. Es gibt einen erheblichen Zielkonflikt: Wenn das Streamen im größeren Maß gelingt und viele zuschauen, können sie sich aber nicht mehr angemessen digital beteiligen und viele Beiträge müssen aussortiert werden. Dadurch kann bei Einzelnen der Eindruck von „Zensur“ entstehen.

Beratung des Zwischenberichts der **Kita-Kommission**: Bestätigung des dort begonnenen Weges einer besonderen Wertschätzung der Qualitätsbetrachtung in der Kita-Arbeit auf allen Ebenen. Die besonderen Chancen der Kita-Arbeit werden erkannt und benannt: Zuverlässiges und langfristiges Erreichen vieler Menschen (generationenübergreifend), geringer kirchlicher Finanzierungsanteil bei großem Gestaltungspotential, vor allem in den Städten glaubwürdige religionsverbindende Arbeit. Diese Aspekte müssen in die anstehende Prioritätendebatte eingebracht werden.

Im Weiteren wurden diverse **Dekanatsanträge** und kleinere Punkte beraten.